

## Rede im Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort!*



03. Dezember 2015

### **Christina Schulze Föcking MdL,**

stv. Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

### **Rede zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 2016**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Was hat den Landwirten das letzte Jahr gebracht?

Schaut man sich die Bilanzen an, so muss man sagen, 2015 war ein verheerendes Jahr. Auf breiter Front sind die Gewinne eingebrochen und zwar im Schnitt um sage und schreibe 32.500 Euro je Betrieb.

Knapp 46% der Höfe erwirtschaften nur 30.000 Euro oder weniger.

Herr Minister, keine Sorge: Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie für die Weltmärkte verantwortlich sind.

Was aber auf völliges Unverständnis stößt ist, dass Sie in einer solchen schwierigen Situation den Landwirten das Leben noch schwerer machen und stets noch einen oben drauf setzen.

Warum z.B. brauchen wir jetzt unbedingt ein neues Landesnaturschutzgesetz, das im Ergebnis noch mehr Kontrollen, noch mehr Bürokratie und noch mehr Einschränkungen bringen wird?

Sie gehen bei diesem Gesetz auch sehr in Details.

Sie machen sich intensiv Gedanken darüber, dass es Ihrer Meinung nach sinnvoll ist, Naturwächter einzustellen und diese in eine einheitliche Uniform zu stecken.

Andere Sachverhalte hingegen hinterfragen Sie nicht oder nur unzureichend.

So wollen Sie demnächst unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Streuobstwiesen noch stärker gesetzlich reglementieren und nehmen damit dem Eigentümer die freie Verfügbarkeit über seinen Grund und Boden.

Was glauben Sie aber, macht jemand, der seine Wiesen bislang gerne freiwillig gepflegt hat und nun durch Sie Einschränkungen in seinem Besitz erfährt?

Ich kann es Ihnen sagen und nenne Ihnen auch gerne ein konkretes Beispiel:

Es war auf einer Ortslandwirtetagung. 60 Landwirte, die sich tagtäglich um ihr Eigentum kümmern, und die aufgrund der Obsternte sich gerne und freiwillig Streuobstwiesen in Hofnähe angelegt haben.

Deren erster Gedanke war, dass es sehr bedauerlich ist, dass sie diese Obstbäume nun gegen ihre Überzeugung fällen müssen, um zukünftig ihr Grundstück zu nutzen und um dadurch ihre Rechte frei wahrzunehmen zu können.

Das ist wirtschaftlich nur vernünftig und nachvollziehbar, aber sehr schade um die Bäume.

Sie schieben mit ihrer Politik eine Entwicklung an, die die Landwirte so eigentlich nicht möchten. Sie erreichen damit das genaue Gegenteil von dem, was Sie bezwecken wollen.

Ähnlich widersinnig sind auch Ihre Bewirtschaftungseinschränkungen beim Grünland.

Und unlogisch ist auch Ihre Politik, die den Druck auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt einerseits kritisiert, aber dann durch das geplante Vorkaufsrecht durch Naturschutzverbände genau diesen Druck erhöht.

Für alle Maßnahmen tragen alleine Sie die Verantwortung.

In einer Kleinen Anfrage hatte ich Sie zusammen mit dem Kollegen Rainer Deppe gefragt, wie Sie eine Streuobstwiese definieren, oder eine natürliche Felsbildung – beides Begrifflichkeiten aus Ihrem Entwurf zum Naturschutzgesetz.

Ich nehme an, Sie haben sich intensiv mit Ihrem Gesetz befasst, oder?

Eine Antwort sollte folglich eigentlich leicht fallen.

Was aber machen Sie? Sie antworten auf unsere einfache Frage "Was ist eine Streuobstwiese?", es habe „noch keine formalisierte Willensbekundung der Landesregierung als Verfassungsorgan stattgefunden“.

Wollen Sie mir allen Ernstes sagen, dass sich das Landeskabinett mit der Definition von Streuobstwiesen oder natürlichen Felsformationen beschäftigen muss?

Es ist ein Ausdruck der Arroganz der Macht, uns Parlamentariern die uns zustehenden Auskünfte zu verweigern.

Transparenz und Offenheit, Dialog und Mitsprache, das sind Schlagworte, die in keiner Ihrer Reden fehlen. Die Rammel-Realität jedoch sieht entschieden anders aus!

Seit 2010 ist der Etat Ihres Hauses um 34% auf fast eine Milliarde Euro gestiegen. Alleine die Mittel für den Naturschutz haben Sie von 18 auf 36 Mio. Euro erhöht.

Jetzt in den Haushaltsberatungen hat Rot-Grün noch einmal eine Mittelerhöhung von 6,5 Mio. Euro gefordert.

Bei einem Haushalt von fast einer Milliarde soll es nicht möglich sein, diese Mittel an anderer Stelle einzusparen?

Ein Armutszeugnis!

Und selbst da, wo es nichts kostet, tritt diese Regierung auf der Stelle.

Warum z.B. wurde der Entschließungsantrag von SPD, CDU und Grünen zur Verbraucherbildung an Schulen von März 2014 nicht mit mehr Nachdruck betrieben?

Umgesetzt ist davon bislang ein „Leitprojekt“.

Eine Rahmenvorgabe und eine Handreichung sollen bis zum Jahr 2017 erarbeitet werden – drei Jahre später.

Da, wo es wirklich wichtig ist, da lassen Sie Elan und Leidenschaft vermissen.

Aktiv sind Sie hingegen dort, wo es Ihren parteipolitischen Interessen dient, da wo sie Ihre Klientel bedienen können und da, wo es in Ihre Ideologie passt.

Ich aber sage Ihnen: Tun Sie was für unseren ländlichen Raum und zwar mit Weitblick und legen Sie endlich die Scheuklappen ab.

\*\*\*\*